

Neujahrsempfang der Erneuerbaren im Landeshaus Kiel

Neuer Schwung für die Energiewende

„Energiewende – konsequent umsetzen“ – unter dieser Überschrift stand der diesjährige Neujahrsempfang der Erneuerbaren im Kieler Landeshaus. Auf Einladung von Arge Netz und dem BWE-Landesverband Schleswig-Holstein kamen Vertreter der Erneuerbare-Energien-Branche mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen, um über die Zukunft der Erneuerbaren im Land zu diskutieren. Für die Branchenvertreter war die gewählte Überschrift dabei weit mehr als nur ein Motto. Es war ein Appell vor allem an die Politik, endlich Fahrt aufzunehmen und die Energiewende mit aller Kraft voranzutreiben.

„Dazu gehört auch, dass Schleswig-Holstein bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien noch stärker als zuvor alle relevanten Bereiche erschließt“, sagte Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) in ihrer Begrüßung. Dazu gehöre die Wärmeversorgung ebenso wie die Umstellung des Verkehrs auf E-Mobilität, Speichertechnologien, Wasserstoff und eben auch der weitere Ausbau der Windenergie, der im Norden nahezu zum Erliegen gekommen ist.

„Das wird aber nur gelingen, wenn die Menschen hier im Norden in die Planungen und Entwicklungen eingebunden werden. Die Bürger erwarten zu Recht, dass die Planungen der Landesregierung zum weiteren Ausbau der Windenergie transparent und nachvollziehbar kommuniziert werden“, so Eickhoff-Weber. Das gelte auch für den jetzt ausliegenden dritten Entwurf des Windenergie-Regionalplans. Die Energiewende fordere alle Menschen in der Gesellschaft, „da werden Konflikte nicht ausbleiben. Ich bin aber der Überzeugung, dass die Bürger in Schleswig-Holstein hinter der Energiewende stehen. Denn schon jetzt tragen die Erneuerbaren zur Wertschöpfung im ländlichen Raum bei“, so die Landtagsvizepräsidentin.

Kaum noch Zubau bei der Windenergie an Land, zu wenige Genehmigungen und viel zu viele verlorene Arbeitsplätze – besonders für die Wirtschaft des Landes seien die vergangenen fünf Jahre des Moratoriums traurige Jahre gewesen, erklär-

te der Vorsitzende des BWE-Landesverbands Schleswig-Holstein, Horst Leithoff. Als Verband habe man immer vor dieser Entwicklung gewarnt. „Es ist mehr als bedauerlich, dass es genauso gekommen ist“, so Leithoff.

Ein Weiter-so dürfe es somit nicht geben, die Landesregierung müsse sich eindeutig und ohne Vorbehalte zur Energiewende bekennen. 96 % der ausgewiesenen Flächen im dritten Entwurf des Windenergie-Regionalplans könnten ausnahmefähig sein, „das nenne ich eine Perspektive“, so Leithoff, denn die bräuchten die Menschen im Land. Dabei sei es wichtig, den Menschen vor Ort zu erklären, warum die Energiewende notwendig sei und warum es die Veränderung in der Landschaft brauche. „Wir können Akzeptanz nicht kaufen, son-



Sie diskutierten über die Zukunft der Erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein (v. li.): Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP), Petra Zahnen, Horst Leithoff (beide BWE Schleswig-Holstein), Energiewendeminister Jan Philipp Albrecht (Grüne), Chemieunternehmer Reinhold von Eben-Worlée, Stephan Frense (CEO Arge Netz) und Jan Lorenzen (BWE Schleswig-Holstein).

Foto: Iris Jaeger

dern nur um sie werben“, sagte Leithoff und forderte von der Landesregierung, sich gemeinsam mit der Branche dafür einzusetzen, dass die Bürger im Land die Energiewende positiv erleben.

Stephan Frense, CEO Arge Netz, warnte davor, sich als Erneuerbare-Energien-Branche zurückzulehnen und die offenen Fragen zu Versorgungssicherheit, Verfügbarkeit, Speicherung von Erneuerbaren sowie die Entwicklung der Grünen Wasserstoffwirtschaft allein den Bedenkenträgern und Anhängern der fossilen Energiewirtschaft zu überlassen. „Wenn wir wirklich verhindern wollen, dass die alten

Konzerne die neuen Strukturen bestimmen, wenn wir stattdessen eine dezentrale Erneuerbare Energieversorgung aufbauen wollen, dann müssen wir ab sofort mittelständisch denken und die Stärken des Mittelstands ausspielen. Denn mittelständische Unternehmen sind flexibler als Großkonzerne, sie können sich schneller auf veränderte Marktbedingungen einstellen, sie halten die Wertschöpfung in der Region und sie sorgen für Akzeptanz bei den Bürgern“, sagte Frense.

Die Energiewende brauche neuen Schwung, und es reiche nicht, mit dem Finger auf die anderen zu zeigen. „Wir als Erneuerbare-Verbände sollten uns stattdessen ab und zu in die Rolle des jeweils anderen versetzen, seine Interessen verstehen lernen und berücksichtigen, unsere eigenen Interessen einbrin-

gen und dann tragfähige, belastbare, an den Klimazielen orientierte Vereinbarungen treffen.“

Schleswig-Holsteins Energiewendeminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) bekräftigte erneut, dass die Landesregierung für die gesetzten Klimaziele klar einstehe. Was die Regionalplanaufstellung angehe, sei man auf einem guten Weg. „Ich bin mir sicher, dass wir diesen Weg bis Ende des Jahres zu Ende führen“, so Jan Philipp Albrecht. Für die Übertragung der Erneuerbaren Energien in alle Sektoren müssten die regulativen Rahmenbedingungen stimmen. „Da ist es gut, dass wir es geschafft haben, aus Schleswig-Hol-

stein heraus mit dem Nachverhandeln zum Klimapaket festzulegen, dass mit einer höheren CO₂-Bepreisung eine Absenkung der Stromkostenbelastung erreicht wird und dass das eine Einigung zwischen Bund und Ländern geworden ist.“ Nur so werde man erreichen, dass eine Ungleichbehandlung zwischen Erneuerbaren Energien und fossilen Energieträgern endlich beseitigt werde. „Ausgehend von dem CO₂-Preis, der jetzt festgelegt ist, müssen wir dafür sorgen, dass wir in Zukunft ein Emissionshandelssystem haben, das über alle Sektoren hinweg einen einheitlichen CO₂-Preis frei festlegt und keine starren Preisgrenzen mehr enthält und darüber hinaus die Zertifikatenumenge daran ausrichtet, was wir an Klimazielen und Treibhausgasreduktionszielen zu erreichen haben. Denn das ist der einzige Faktor, der bestimmend sein sollte für die Menge an Zertifikaten, die am Ende im Handel ist“, so Albrecht.

Auch die Industrie stehe vor gigantischen Herausforderungen, um sich bis 2050 klimaneutral aufzustellen, erklärte Reinhold von Eben-Worlée, Geschäftsführer von Worlée-Chemie in Hamburg und Präsident des Verbandes „Die Familienunternehmer“. Er attestierte der Bundesregierung eine verheerende Energiewendepolitik, mit der eine mangelnde Planungssicherheit einhergehe. „Für Investoren und für die Industrie sind die fortwährenden Kursänderungen in Zusammenhang mit den Ausbauzielen, Förderungen und anderen maßgeblichen strategischen Fragestellungen mindestens abschreckend, mitunter für Investitionen schlicht nicht hinnehmbar“, so von Eben-Worlée. Die Umstellung der Anlagen werde außerordentlich viel Kapital in Anspruch nehmen, auch werde sie eine immense Menge an grundlastfähiger regenerativer Energie benötigen. „Mir fehlt zurzeit noch die Fantasie, wo diese Energiemengen herkommen sollen. Statt Grünstrom für negative Preise in das Ausland zu verramschen, sollte man diesen lieber der Industrie zu Erzeugungspreisen zur Verfügung stellen und klimafreundliche Produkte von Unternehmen durch zusätzlich ergänzte Erleichterung und Zertifikatehandel fördern“, schlug er vor. Iris Jaeger